

## 40 Jahre Fortpflanzungsmedizin

*40 Jahre nach der Geburt des ersten IVF-Babys, Louise Brown, wurden die Methoden der künstlichen Befruchtung enorm erweitert. Die Plattform kinderbekommen.at – bestehend aus aktion leben, Katholischem Familienverband, Katholischer Aktion und der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände – forderte heute in einer Pressekonferenz klare Grenzen und das Einhalten des Fortpflanzungsmedizin-Gesetzes.*

Wien, 2. Juli 2018. Josef Pumberger, Generalsekretär der Katholischen Aktion, nannte schwerwiegende Problembereiche, die heute mit assistierter Fortpflanzung einhergehen: Kinderwunscherfüllung weit jenseits der Meno-Pause, geteilte Elternschaft, Selektion von Embryonen, Ausbeutung von Eizellspenderinnen und Leihmüttern. „Das ärztliche Handeln, dem Ziel des Heilens und dem Prinzip des Nicht-Schadens verpflichtet, bedient sich – angetrieben auch von finanziellen Interessen – inzwischen einer Reihe an Methoden, die schwerwiegende ethische und rechtliche Fragen aufwerfen. Wunschkind und Kindeswohl passen nicht immer zusammen“, führte Pumberger aus.

Pumberger ortet eine künstliche Verengung des Blicks auf Unfruchtbarkeit: „Die Bekämpfung der Ursachen von Unfruchtbarkeit, Prävention und die Information über andere Wege zum Kind bleiben auf der Strecke.“

### **Zentrales Spendenregister und Begleitforschung fehlen**

Alfred Trendl, Präsident des Katholischen Familienverbandes, erinnerte an das fehlende zentrale Spendenregister bei Eizellen- und Samenspenden. Die Prüfung desselben sei in einem Entschließungsantrag zeitgleich mit der Verabschiedung des Fortpflanzungsmedizingesetzes versprochen worden. Gesundheitsministerium und Justizministerium wären dieser Aufforderung 2016 nachgekommen und hätten die Einrichtung des Registers befürwortet. Passiert sei allerdings nichts. Trendl forderte auch eine Reduzierung der Altersgrenze für auskunftsberechtigte Kinder und eine Aufklärungspflicht der Eltern: „Das Recht des Kindes, über seine Herkunft so früh wie möglich aufgeklärt zu werden, steht für uns an oberster Stelle.“

Grobe Versäumnisse ortete Trendl außerdem bei der Qualitätskontrolle wie auch der Erfolgskontrolle fortpflanzungsmedizinischer Verfahren. „Wir brauchen klare Regelungen für eine genaue und korrekte Dokumentation aller Vorgänge der künstlichen Befruchtung und ihrer Komplikationen“, betonte Trendl. „Der Gesetzgeber muss hier seine Schutzfunktion für alle, die von der künstlichen Befruchtung betroffen sind, wahrnehmen.“

### **Werbeverbot für Eizellspende wird übertreten**

Martina Kronthaler, Generalsekretärin von aktion leben, wies auf Verstöße gegen das Werbe- und Vermittlungsverbot bei Eizellspende hin: Es sei ein Skandal, dass durch oberflächliche Werbung junge Frauen verführt werden, ihre Gesundheit aufs Spiel zu

setzen. „Die geltenden Verbote müssen strikter geahndet werden, sonst werden sie nicht ernst genommen“, beharrt Kronthaler.

„Es braucht viel mehr Information schon in der Schule, um junge Frauen vor Manipulation zu schützen. Wir müssen in Prävention investieren und in Beratung“, sagte Kronthaler weiters, denn: „Wir wollen nicht, dass junge, gesunde Frauen zu Patientinnen gemacht werden.“ Eizellspende sei ein riskanter Vorgang für die Spenderin, die austragende Mutter und die Kinder.

### **Internationales Verbot von Leihmutterschaft**

Auch hinsichtlich der Leihmutterschaft würden nationale Verbote umgangen. Ausländische Institute werben in Österreich und es gebe Paare, die Leihmutterschaft im Ausland in Anspruch nehmen. Leihmutterschaft sei im Grunde Kinderhandel. Kronthaler sprach sich im Namen von kinderbekommen.at für ein umfassendes, grenzüberschreitendes Verbot von Leihmutterschaft aus: „Paare mit Kinderwunsch haben ein Recht darauf zu wissen, was geht und was nicht. Fortpflanzungskliniken sind mit Wünschen konfrontiert, die sie vielleicht gar nicht erfüllen wollen. Auch sie brauchen Grenzen.“

### **Kontrolle der Präimplantationsdiagnostik versagt**

Am Beispiel der Cystischen Fibrose führte Behinderten-Experte Franz-Joseph Huainigg aus, dass bereits unmittelbar nach der Einführung von PID die gesetzlichen Vorgaben in Österreich nicht eingehalten wurden. Cystische Fibrose sei eine Krankheit, die nicht den Voraussetzungen für eine Bewilligung entspreche. Huainigg erinnerte einmal mehr daran, was PID ist: „PID ist ein Türöffner für eugenisches Denken und eugenische Praxis. Sie ist eine selektive Technik.“

Huainigg forderte volle Transparenz statt einer Alibi-Statistik, die nichts über die Ergebnisse der PID wie Geburtenrate oder Kindeswohl aussagt: „Wir haben eine strenge Kontrolle der PID-Praxis eingemahnt, auch um Paare vor unrealistischen Hoffnungen zu schützen. Sie ist unterblieben. Wir wissen nicht, ob die Ziele erreicht wurden, die mittels PID erreicht werden sollten“, betonte Huainigg. Nicht nur die angebliche Steigerung der Geburtenrate durch PID, auch die Verhinderung von Spätabbrüchen durch PID sei nicht kontrollierbar. „Wir wissen nicht, wie die Schwangerschaften nach PID verlaufen sind, ob es dann auch Pränataldiagnostik gab und Spätabbrüche.“

### **Forderungen von kinderbekommen.at**

Aus den Beobachtungen der Praxis leitet kinderbekommen.at eine Reihe an Forderungen ab, die Helmut Kukacka, Präsident der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Verbände, präsentierte:

1. ein zentrales Register für Eizellspenderinnen und Samenspenden,
2. eine umfassende Dokumentation und Begleitforschung,
3. die Einhaltung der Gesetze durch die Reproduktionsmediziner,
4. die Einrichtung einer unabhängigen Beratung sowohl für Kinderwunschpaare wie für Eizellspenderin,
5. ein umfassendes, grenzüberschreitendes Verbot von Leihmutterschaft,
6. eine Evaluierung und einen politischen und gesellschaftlichen Diskurs, ob die PID gerechtfertigt wird,

7. eine Änderung der Bewilligungspraxis für Erbkrankheiten, die mittels PID gesucht werden dürfen, sowie
8. echte Qualitätskontrolle und Transparenz im Interesse der hilfeschenden Paare.

Alle Statements im Detail finden Sie hier:

<https://familie.at/site/oesterreich/presse/presseaussendungen/article/4259.html>

## **Kinderbekommen.at**

2015 schlossen sich aktion leben österreich, der Katholische Familienverband, die Katholische Aktion Österreich und der Verband Katholischer Verbände zusammen, um gegen die damals geplante Reform des Fortpflanzungsmedizingesetzes zu protestieren. Rund eine Million Protest-E-Mails wurden auf ihre Initiative hin an die Bundesregierung geschickt. Das Gesetz fand leicht modifiziert dennoch eine Mehrheit im Parlament. Seit damals beobachtet die Plattform, wie das Fortpflanzungsmedizingesetz umgesetzt wird und wirbt für eine Auseinandersetzung mit den Folgen fortpflanzungsmedizinischer Techniken auf Kinder, Frauen und Gesellschaft.